

TERMINE

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren) – Corona-Pandemie

Fünfte Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Impfverordnung

- Die hälftige Finanzierung der Kosten für Impfzentren und mobilen Impfteams aus Bundesmitteln läuft zum 31.05.2022 aus
- Anpassung von Abrechnungsfristen
- Verlängerung Coronavirus-Impfverordnung bis zum 31.07.2022
- Vorbereitung werden getroffen, damit Zahnärztinnen und Zahnärzte an der Impfkampagne teilnehmen können

am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
----------------------------	---------------

30.03.20022	Referentenentwurf
-------------	-------------------

Initiativen zur allgemeinen Impfpflicht

- *Änderungsantrag der Abgeordneten der Gesetzentwürfe (Heike Baehrens/Janosch Dahmen et al. sowie Andrew Ullmann et al. vormalig Drucksachen 20/899 und 20/954) zum Zwecke der Zusammenführung für ein Gesetz zur Pandemievorsorge durch Aufklärung, verpflichtende Impfberatung und Immunisierung der Bevölkerung gegen SARS-CoV-2*
 - Krankenkassen informieren bis 15.05.2022 alle Erwachsenen über Beratungs- und Impfmöglichkeiten, Impf- oder Genesenennachweis ab 15.09.2022 Pflicht für Erwachsene
 - Personen über 18 Jahren müssen ab 15.10.2022 über Impf- oder Genesenennachweis verfügen; Personen über 60 Jahre erfüllen diese Pflicht auch über Nachweis ärztlicher Beratung zu Schutzimpfungen
 - Kassen müssen Nachweise zum 01.09.2022 anfordern, erheben, speichern, prüfen und bei Nichtvorliegen der Nachweise zuständige Behörden informieren
 - Einrichtung Impfreger bis zum 31.12.2023 (DEMIS)
 - Keine Opt-Out-Regelung für die ePA: Einwilligung des Versicherten Voraussetzung für Datenübertragung Impfnachweis in die elektronische Patientenakte. Versicherten wird nur mit Einwilligung eine ePA bereitgestellt – Kassen erhalten für technische Voraussetzungen Frist bis 01.04.2023
- *Antrag der Fraktion der CDU/CSU*
Impfvorsorgegesetz – Ein guter Schutz für unser Land
 - Gesetzentwurf mit partieller Impfpflicht für Beschäftigte in Kinder- und Jugendeinrichtungen, in der kritischen Infrastruktur, Impfpflicht für Personen über 60 bzw. über 50. Ausgestaltung abhängig von Infektionslage. Einrichtung Impfreger, aufbauend auf Steueridentifikationsnummer
- *Antrag der Abgeordneten der Fraktion der AfD*
Keine gesetzliche Impfpflicht gegen das COVID-19-Virus
 - Ablehnung genereller Impfpflicht und Impfpflicht für Pflegepersonal
- *Antrag der Abgeordneten Wolfgang Kubicki, Christine Aschenberg-Dugnus, Dr. Gregor Gysi und weiterer*
Impfbereitschaft ohne allgemeine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 erhöhen
 - Keine generelle Impfpflicht, Intensivierung der Informationskampagnen

07.04.2022	Bundestag: Beratung der Beschlussempfehlungen und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit zu mehreren Vorlagen zum Thema Impfpflicht
------------	--

21.03.2022	Anhörung Gesundheitsausschuss Bundestag
------------	---

17.03.2022	1. Lesung Deutscher Bundestag
------------	-------------------------------

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Verlängerung des Zeitraums für Vereinbarungen zur wirtschaftlichen Sicherung der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

- Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Regelung des Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetzes, dass zwischen Trägern der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und den Krankenkassen eine coronabedingte Anpassung von Vergütungsvereinbarungen zu erfolgen hat, wird bis zum 30.06.2022 verlängert

19.03.2022	Inkrafttreten (rückwirkend)
08.04.2022	Zustimmung Bundesrat
18.03.2022	Referentenentwurf

Gesetz zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Pflegebonusgesetz – PflBG)

- zustimmungsfrei-

- Je 500 Millionen Euro für Pflegeprämien im Bereich der Krankenhäuser und der Pflegeeinrichtungen, insgesamt eine Milliarde Euro
- Prämie für Pflegekräfte, die während der Pandemie eine herausragende Leistung erbracht haben – keine konkrete Prämienhöhe mehr vorgegeben
- Pflegeentgeltwert wird für Krankenhäuser, die für 2020/2021 kein Pflegebudget vereinbart haben, erhöht

am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
07.04.2022	1. Lesung Bundestag
30.03.2022	Kabinettsbeschluss
10.03.2022	Formulierungshilfe des BMG
21.02.2022	Eckpunkte

Viertes Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Viertes Corona-Steuerhilfegesetz)

- zustimmungspflichtig - besonders eilbedürftig

- Steuerfreiheit der Bonuszahlung für Pflegekräfte für bis zu 3.000 Euro zur Anerkennung besonderer Leistungen

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten Regelung zum steuerfreien Pflegebonus treten rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft
08.04.2022	1. Lesung Bundestag
08.04.2022	1. Durchgang Bundesrat
16.02.2022	Kabinettsbeschluss
02.02.2022	Referentenentwurf

Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren)

Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung

- zustimmungsfrei -

- Anhebung des Mindestlohns zum 01.10.2022 auf 12 Euro
- Erhöhung der Entgeltgrenze für Minijobs auf 520 Euro

	<ul style="list-style-type: none"> GKV kann durch die Anhebung des Mindestlohns mit Mehreinnahmen von 0,9 Mrd. Euro und die SPV mit 0,2 Mrd. Euro ab 2023 rechnen Durch die Anpassung der Geringfügigkeitsgrenzen muss die GKV laut Entwurf mit Mindereinnahmen i. H. v. 0,3 Mrd. Euro und die SPV mit 0,05 Mrd. Euro ab 2023 rechnen
01.10.2022	Inkrafttreten
08.04.2022	1. Durchgang Bundesrat
23.02.2022	Kabinettsbeschluss
01.02.2022	Referentenentwurf: Zweites Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung
21.01.2022	Referentenentwurf: Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn (Mindestloohnerhöhungsgesetz – MiLoEG)

Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz – GKV-FinStG)

- Anhebung des Bundeszuschusses zur GKV um fünf Milliarden Euro auf jährlich 19,5 Milliarden Euro und künftige Dynamisierung
- Senkung Obergrenze Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds von 0,5 auf 0,25 Monatsausgaben
- Senkung Obergrenze Finanzreserven der Krankenkassen von 0,8 auf 0,6 Monatsausgaben
- Kostendämpfungsmaßnahmen im Arzneimittelbereich u. a.: Verlängerung des Preis moratoriums bis 2026, gestaffelte Erhöhung des Herstellerabschlages für patentgeschützte Arzneimittel, Geltung des Erstattungsbetrags für neue Arzneimittel bereits ab dem siebten Monat, Senkung Umsatzschwelle für Orphan Drugs
- Umsatzsteuersenkung für Arzneimittel ab 2023 von 19 Prozent auf sieben Prozent in gesondertem Gesetzgebungsverfahren angekündigt

04.03.2022	Unabgestimmter Arbeitsentwurf
------------	-------------------------------

Abgeschlossene Gesetze und Verordnungen – Corona-Pandemie

Verordnung zur Erstattung pandemiebedingter Kosten der sozialen Pflegeversicherung durch Bundesmittel (Pandemiekosten-Erstattungsverordnung – PKEV)

- Steuermittel für pandemiebedingte Pflegezusatzkosten – Soziale Pflegeversicherung (SPV) erhält im April 2022 einen Bundeszuschuss in Höhe von 1,2 Mrd. Euro
- Unterschreiten des gesetzlichen Betriebsmittel- und Rücklagesolls der Pflegekassen aufgrund pandemiebedingter Mehrausgaben soll verhindert werden

01.04.2022	Inkrafttreten
23.03.2022	Referentenentwurf

Dritte Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung während der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie - Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Verlängerung der Sonderregelungen bis 30.06.2022, unter anderem: Begutachtungen des MD zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit müssen weiter nicht in der Häuslichkeit erfolgen; Beratungsbesuche weiter telefonisch, digital oder per Videokonferenz möglich, Kostenerstattung coronabedingter Mindereinnahmen, Mehraufwendungen für Pflegeeinrichtungen durch SPV wird verlängert.

- Kalkulation beinhaltet Mehrausgaben für die GKV in Höhe von 25 Millionen Euro und SPV von 525 Millionen Euro bis 30.06.2022

01.04.2022	Inkrafttreten
11.03.2022	Zustimmung Bundesrat
23.02.2022	Referentenentwurf

Gesetz zur Verlängerung von Sonderregelungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie beim Kurzarbeitergeld und anderer Leistungen

(Kurzarbeitergeldverlängerungsgesetz)

- zustimmungsfrei-

- Bestehende pandemiebedingten Sonderregelungen im Pflegezeit- und im Familienpflegezeitgesetz sollen über Ende März hinaus bis Ende Juni 2022 weiter gelten

26.03.2022	Inkrafttreten
11.03.2022	Abschluss Bundesrat
18.02.2022	2./3. Lesung Bundestag
16.02.2022	1. Lesung Bundestag
16.02.2022	Anhörung im Ausschusses für Arbeit und Soziales
09.02.2022	Kabinettsbeschluss
31.01.2022	Formulierungshilfe

Zweite Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Testverordnung

- Anspruch auf kostenlose Bürgertestungen wird für alle bis 30.06.2022 verlängert

31.03.2022	Inkrafttreten
23.03.2022	Referentenentwurf

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Änderung der Hygienepauschaleverordnung

- Ausgleichszahlungen und Versorgungsaufschläge sollen letztmalig bis zum 18.04.2022 bzw. 30.06.2022 verlängert werden.
- Verkürzte Zahlungsfrist für Krankenhausabrechnungen auf 5 Tage wird bis zum 31.12.2022 verlängert
- Hygienepauschale (1,50 Euro) für die Heilmittelerbringer wird bis zum 23.09.2022 verlängert.

01.04.2022	Inkrafttreten Hygienepauschale
20.03.2022	Inkrafttreten der Krankenhaus-Regelungen (rückwirkend)
22.03.2022	Referentenentwurf

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser

- Verlängerung des Pflegeschutzschirms bis 30.06.2022, unter anderem: Begutachtungen des MD zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit müssen weiter nicht in der Häuslichkeit erfolgen; Beratungsbesuche weiter telefo-

nisch, digital oder per Videokonferenz möglich, Kostenerstattung coronabedingter Mindereinnahmen, Mehraufwendungen für Pflegeeinrichtungen durch SPV wird verlängert	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kalkulation beinhaltet Mehrausgaben für die GKV in Höhe von 25 Mio. Euro und SPV von 525 Mio. Euro bis 30.06.2022 	
20.03.2022	Inkrafttreten (rückwirkend)

Gesetz zur Verlängerung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes und weiterer Regelungen - zustimmungspflichtig -

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verlängerung der erweiterten Regelung zum Kinderkrankengeld bis 23.09.2022 – Finanzierung aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds ▪ Reha-Kliniken können weiter als Ersatzinstitutionen für stationäre Krankenhausversorgung genutzt werden. 	
19.03.2022	Inkrafttreten
18.03.2022	2./3. Lesung Bundestag
16.03.2022	1. Lesung Bundestag
10.03.2022	Formulierungshilfe
21.02.2022	Eckpunkte

Verordnung zur Änderung der Monoklonale-Antikörper-Verordnung und der Coronavirus-Schutzmasken-Verordnung

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung des Anwendungsbereichs der Monoklonale-Antikörper-Verordnung auf zugelassene Arzneimittel mit monoklonalen Antikörpern (mAK) ▪ Anpassung der Vergütung für die Anwendung von mAK ▪ Befristung der Abrechnungsmöglichkeit der Apotheken für die Abgabe von Schutzmasken 	
11.03.2022	Inkrafttreten
18.02.2022	Referentenentwurf